



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

**Beschluss zum Bundesausschuss
in der Bola Bildungsstätte, Bochum
23. - 24. Februar 2013**

Bedingt ausbildungsbereit – Jugendliche auf der Ersatzbank

1 Wieder einmal vermeldet das Bundesministerium für Forschung und Bildung, dass ein
2 Überhang von knapp 18.000 freien Ausbildungsplätzen bestünde. Fakt ist aber:
3 In Deutschland sind 300.000 junge Menschen auf der Suche nach einem
4 Ausbildungsplatz.

5 In den Statistiken des Bundesministeriums tauchen sie allerdings nicht auf, da sie sich im
6 Übergangssystem, einer dreistufigen Qualifizierungsmaßnahme aus
7 Berufsgrundbildungs-, Berufsvorbereitungs- und Berufseinstiegsjahr, befinden.

8
9 Die Jugendlichen werden nicht qualifiziert – sie werden auf die Ersatzbank geschickt!
10 Diese Maßnahmen werden von offizieller Seite mit der mangelnden „Ausbildungsreife“
11 der meisten Jugendlichen begründet. Entziehen kann man sich diesen Maßnahmen
12 allerdings nicht so einfach, ganz gleich welche Qualifikation man einbringt. Wer keinen
13 Ausbildungsplatz bekommt und weiter der Schulpflicht unterliegt, wird gezwungen. Von
14 den vermeintlich Qualifizierten verbleiben nach drei Jahren allerdings immer noch rund
15 zwanzig bis vierzig Prozent ohne Ausbildungsplatz.

16
17 Dass von Seiten der Betriebe die Bereitschaft auszubilden erneut gesunken ist, auf rund
18 22,5 Prozent der Ausbildungsbetriebe, ist die eine Sache. Dass aber den Jugendlichen
19 dafür die Schuld gegeben wird, in dem man sie von Seiten des Bundesministeriums und
20 des nationalen Paktes für Ausbildung als „leistungsschwach“ und „unreif“ bezeichnet, ist
21 in der Tat schwach und unreif. Anstelle dessen wäre es für die Betroffenen wesentlich
22 hilfreicher wenn ihre Regierung die bestehenden Probleme offen benennen und danach
23 dementsprechend agieren würde.

24
25 Ohne Ausbildungsplatz ist alles nichts, aber ein Ausbildungsplatz ist noch nicht alles!
26 Interessanterweise speist sich der vermeintliche Überhang an freien Ausbildungsplätzen
27 aus genau den Branchen, in denen die Abbruchquoten am höchsten und die
28 Durchsetzung der Arbeitsschutzgesetze am geringsten ist. Dass es keine ausreichende
29 Nachfrage für Ausbildungsplätze im Restaurantfachgewerbe, der System-Gastronomie
30 und im Fleischerhandwerk gibt ist, angesichts der dort herrschenden Arbeits- und
31 Ausbildungsbedingungen, kein Wunder.

32

33 Wer die Schaffung weiterer Ausbildungsplätze fordert, sich dabei allerdings nicht mit den
34 Bedingungen auseinandersetzt, unter denen die Ausbildung geschieht, tut damit den
35 Jugendlichen keinen Gefallen. Wenn alleine schon knapp 10% der Auszubildenden
36 angeben, dass sie keinen Ausbilder an ihrem Ausbildungsplatz haben, wenn weitere 10%
37 häufig „ausbildungsfremde“ Tätigkeiten verrichten müssen und 15% der minderjährigen
38 Auszubildenden mehr als 40 Stunden die Woche arbeiten müssen, dann kann die
39 Schaffung neuer Ausbildungsplätze definitiv nicht die alleinige Forderung sein.
40

41 Die Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen muss damit beginnen, dass die Verhältnisse
42 in den Ausbildungsbetrieben verbessert werden. In erster Linie bedeutete das eine
43 stärkere Kontrolle von Ausbildungsbetrieben, insbesondere in Hinblick auf die Einhaltung
44 der Arbeitsschutzgesetze und dem Nachkommen der **Ausbildungspflicht**. Zudem muss
45 sichergestellt sein, dass den Auszubildenden mit ihrem Gehalt ein Auskommen über dem
46 Existenzminimum möglich ist. Wenn die Ausbildungsbedingungen weiterhin so schlecht
47 bleiben, wie sie es jetzt sind, darf man sich nicht wundern, wenn bis zu 50 Prozent der
48 Auszubildenden ihre Ausbildung nicht abschließen und folglich wieder auf den
49 Ausbildungsmarkt zurückströmen.
50

51 **Problem erkannt – Gefahr gebannt!**

52 Das eigentliche Problem ist, dass wir es mit einer Ausbildungspolitik zu tun haben die
53 darauf setzt Erfolgsmeldungen zu produzieren und Probleme unter den Teppich des
54 Übergangssystems zu kehren, anstatt die bestehenden Probleme auf dem
55 Ausbildungsmarkt klar zu formulieren. Erst wenn diese Probleme klar benannt werden
56 können ernstzunehmende Konzepte entwickelt werden, wie die Probleme im Bereich der
57 Ausbildungspolitik, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den
58 Auszubildenden, gelöst werden können. Denn im Moment ist die Bundesrepublik
59 höchstens bedingt ausbildungsbereit.
60

61 **Deshalb fordern wir:**

62

- 63 • Eine realistische Ausbildungsstatistik, die Ausbildungssuchende in
64 Übergangssystemen auch als Ausbildungssuchende benennt
- 65 • Dass Ausbildungsbetriebe verpflichtet werden, ihre Stellen bei der
66 Bundesagentur für Arbeit offen auszuschreiben
- 67 • Dass die Ausbildungsbetriebe stärker kontrolliert werden und die Nicht-
68 Einhaltung von Arbeitsschutzgesetzen sowie von Ausbildungspflichten
69 sanktioniert wird.
- 70 • Die finanzielle Absicherung von Auszubildenden auf dem Niveau der
71 durchschnittlichen regionalen tariflichen Auszubildendenvergütung. Die
72 Entwicklung von Konzepten für eine bessere Arbeitnehmer*innen- und
73 Auszubildendenvertretung, insbesondere in kleineren Betrieben, zusammen
74 mit den Gewerkschaften.
- 75 • Übernahmegarantie für alle!
- 76 • Die KJBK wird beauftragt, ein Konzept für eine Quote zur
77 Ausbildungsverpflichtung von Unternehmen zu erarbeiten.
- 78 • Wer nicht ausbildet wird umgelegt! Wir fordern die Einführung einer
79 Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden.
- 80 • Ausbildungsplätze anstatt Zwangsjahre, gegen die Entrechtung der Jugend.